

Schulpartner gegen Demontage der Schuldemokratie

Utl.: B-SGA ist über die aktuellen politischen Entwicklungen entsetzt

Die Forderung der Grünen, aus Gymnasien via „Modellregionen“ auch dann Gesamtschulen zu machen, wenn sich nicht die Mehrheit der Betroffenen dafür gewinnen lässt, ist ein überraschender Höhepunkt und schockierender Tiefpunkt der aktuellen politischen Diskussion.

Was von der Politik unter dem Titel „mehr Autonomie für die Schulen“ seit Jahren angekündigt wurde, droht nun in Wahrheit als Entmündigung der Schulen zu enden.

Die Betroffenen haben sich, wo immer man ein Gymnasium seiner Unterstufe berauben wollte, dem Versuch widersetzt. Die Antwort hätte schon längst ein Nachdenken der Politik über die Gründe dafür sein müssen. Die Antwort darf sicher nicht sein, dass man jetzt die Rechte der Schulpartner vor Ort beschneidet, die in Österreichs Gesetzen seit Jahrzehnten verankert sind.

Der Bundes-Schulgemeinschaftsausschuss (B-SGA) fordert von allen politischen Parteien Respekt vor den Menschen, die Schule leben und erleben, und ein verantwortungsbewusstes Handeln – auch in Vorwahlzeiten. Der Bundes-Schulgemeinschaftsausschuss verwehrt sich gegen den Abbau demokratischer Mitwirkungsrechte der Betroffenen und weist eine Politik des Drüberfahrens aufs Schärfste zurück.

Rückfragehinweis:

Harald Zierfuß, Bundesschulsprecher, harald.zierfuss@bsv.at

Gernot Schreyer, Akad. FDL, Präsident des Bundesverbandes der Elternvereine an mittleren und höheren Schulen Österreichs,
gernot.schreyer@bundeselternverband.at

Mag. Roland Gangl, Vorsitzender der BMHS-Gewerkschaft in der GÖD, roland.gangl@goed.at

Mag. Herbert Weiß, Vorsitzender der AHS-Gewerkschaft in der GÖD, herbert.weiss@goed.at

Wien, am 14. Juni 2017

